

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Personalausstattung der Gerichte und der Staatsanwaltschaft Bremen

Der Druck auf die Bremer Justiz wächst. Aufgrund von steigenden Fallzahlen und einem erhöhtem Aufkommen von Haftsachen, wird es für die Richter und Staatsanwälte immer schwieriger ihre Altverfahren abzarbeiten. Anfang des Jahres 2017 liefen bereits 40 Altfälle beim Landgericht Bremen auf, darunter Strafsachen, die über zehn Jahre zurückliegen. Die extrem hohe Arbeitsbelastung und der ständige Stress führen oftmals zu Krankheit. Im Wettbewerb um die besten Juristen des Landes, büßt Bremen Jahr für Jahr an Attraktivität ein.

Die Entlassung der zwei Untersuchungsgefangenen im letzten Jahr wegen Überschreitung der 6-Monatsfrist ohne Beginn der Hauptverhandlung, der noch immer nicht geahndete Überfall auf Bauarbeiter in der Bremer Neustadt aus dem Sommer 2013 oder die Krawalle nach der Fußball-WM in Vegesack, stehen exemplarisch für die massive Überlastung des Bremer Landgerichts.

Die Befürchtungen, dass selbst schwerste Verbrechen nicht zeitnah abgeurteilt werden können, erschüttert das Sicherheitsgefühl der Bremer Bevölkerung und führt zu einer wachsenden Entfremdung vom Rechtsstaat. Für die Straftäter tritt die Justiz gar nicht erst in Erscheinung. Folglich fühlen sie sich sogar ermutigt und begehen, in der langen Wartezeit auf den Prozess, weitere Straftaten. In diesem Zusammenhang ist insbesondere ein Altfall aus dem Jahr 2013 zu nennen, der beim Landgericht anhängig ist, der bisher nicht verhandelt werden konnte, weil es sich dabei nicht um eine Haftsache handelt. Dies führte dazu, dass der Täter weiterhin frei herumläuft und eine neue schwere Straftat (Kindesmissbrauch) begangen haben soll.

Auch wenn die Verstärkung der Strafabteilung des Landgerichts die Gefahr weiterer Haftentlassungen für den Moment verringert zu haben scheint, so hat doch die chronische Unterbesetzung des Landgerichts insgesamt zur Folge, dass sowohl in der Straf- als auch in der Zivilabteilung massive Rückstände aufgelaufen sind, die Anlass zur größten Sorge geben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Stellen gibt es zurzeit am Oberlandesgericht (OLG), Landgericht (LG) und Amtsgericht (AG) Bremen und Bremerhaven und wie viele davon sind derzeit tatsächlich besetzt?
2. Wie viele Staatsanwälte, Oberstaatsanwälte, Amtsanwälte und Oberamtsanwälte sind für Bremen und Bremerhaven tätig?
3. Wie viele Strafkammern und Hilfsstrafkammern arbeiten derzeit am Landgericht aufgeteilt nach Straf- und Zivilkammern?
4. In welchem Umfang wurde das Landgericht für seine Aufgabenbewältigung in den letzten drei Jahren zusätzlich ausgestattet?
5. Wie viele Neueinstellungen gab es in den Jahren 2014, 2015 und 2016 sowohl beim OLG, Landgericht und Amtsgericht Bremen und Bremerhaven, als auch bei der Staatsanwaltschaft Bremen und Bremerhaven?
6. Wie hoch ist der Krankheitsstand beim OLG, LG und AG Bremen und Bremerhaven und der Staatsanwaltschaft Bremen/Bremerhaven?

7. Wie viele Halbtagsstellen gibt es beim Landgericht und Amtsgericht Bremen/Bremerhaven und der Staatsanwaltschaft Bremen/Bremerhaven?
8. Wie viele Richter und Staatsanwälte/Amtsanwälte haben das Landgericht in den Jahren 2014, 2015 und 2016 verlassen?
9. Wie viele Richter und Staatsanwälte/Amtsanwälte wurden von anderen Gerichten „abgeworben“?
10. Wie viele Abordnungen von Richtern und Staatsanwälten gab es in den Jahren 2014, 2015 und 2016?
11. Wie ist die Ausstattung und Qualifikation des Servicepersonals der Gerichte und Staatsanwaltschaft?
12. Wie hat sich die Zahl der unerledigten Verfahren in den letzten drei Jahren am Landgericht entwickelt?
13. Wie ist die überdurchschnittlich lange Verfahrensdauer bei Strafsachen am Landgericht Bremen zu erklären?
14. Welche Konsequenzen haben diese Altverfahren, die nicht zeitnah verhandelt werden können im Hinblick auf Zeugenaussagen, Belastung für die Opfer und die noch mögliche Aufklärung der Straftaten?
15. Wie viele weitere Altverfahren liegen derzeit beim Landgericht Bremen, die insbesondere Gewalt- und Sexualdelikte zum Gegenstand haben?

Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU